

Politische Optionen der Stadtpolitik

Siebel, Walter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Siebel, W. (1987). Politische Optionen der Stadtpolitik. In J. Friedrichs (Hrsg.), 23. Deutscher Soziologentag 1986: Sektions- und Ad-hoc-Gruppen (S. 397-400). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-150761>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Politische Optionen der Stadtpolitik

Walter Siebel (Oldenburg)

I. Problemsituation

Die Disparität von Stadt und Land wird überlagert von der Disparität zwischen Agglomerationen. Diese neue Form räumlicher Ungleichheit läßt sich mit Theorien der Entwicklung kapitalistisch organisierter Industriegesellschaften schlüssig verknüpfen (Produkt-Lebenszyklus, lange Wellen). Es handelt sich daher um keine vorübergehende Erscheinung. Das seit der Industrialisierung dominierende Muster der Stadtentwicklung als Expansion von Bevölkerung, Arbeitsmarkt und genutzter Fläche zerbricht in zwei Typen: Stadtentwicklung als Wachstumsprozeß und Stadtentwicklung als Prozeß des Schrumpfens. Arbeitslosigkeit und Abwanderung, früher charakteristisch für die ländlichen Entleerungsgebiete, werden zu Problemen der Kernstädte.

II. Stadtpolitik

Trotz dieser Tendenzen zu einer Polarisierung in zwei Typen städtischer Entwicklung läßt sich die Politik der meisten grossen Städte mit den selben Schlagworten charakterisieren: Förderung von Forschung, Entwicklung und Management; Ausbau des Messe-, Kongreß- und Beherbergungswesen; bessere Einbindung in das nationale und internationale Verkehrssystem; Verbesserung des Wohn- und Freizeitangebots für gehobene Ansprüche; Kulturpolitik sowohl als Investition in eine Wachstumsbranche wie als Standortfaktor. Die Großstädte betreiben also die klassische Politik der Wachstumsförderung, nur tun sie dies mit entsprechend den geänderten Bedingungen verschobenen Akzentsetzungen. Es handelt sich um den alten interkommunalen Wettbewerb.

In den Städten des Wachstumstyps ist diese Politik im doppelten Sinne realistisch: einmal entspricht sie den Markttrends. Sie kann Erfolge aufweisen, weil sie das noch fördert, was so oder so schon geschieht. Zum anderen sind mögliche Konflikte nach dem alten Muster einer Simultanpolitik zu bewältigen. In den prosperierenden Städten ist die Hoffnung zumindest nicht offen-

sichtlich unrealistisch, daß mittelfristig alle am Wachstum partizipieren, und wo dies nicht der Fall sein sollte, werde der Staat aufgrund des ökonomischen Wachstums über genügend Geld verfügen, um negative Verteilungseffekte, soziale und ökologische Folgekosten zu kompensieren.

In den Städten, deren Entwicklung von Schrumpfungsprozessen dominiert ist, erscheint diese Politik jedoch als unrealistisch und als mit schweren negativen Folgen behaftet. Kommunale Politik hat noch nie die grundlegenden ökonomischen und sozialen Trends umkehren können. Daher ist in schrumpfenden Städten eine kommunale Wachstumsförderung aller Wahrscheinlichkeit nach zum Scheitern verurteilt. Drei Argumente: Die Standortwürfel im Bereich der modernen Technologien zugunsten süddeutscher Großstädte sind längst gefallen; innerbetriebliche Arbeitsteilung und Prozesse der Konzentration führen zur Zentralisation hochqualifizierter Arbeitskräfte am Sitz vorwiegend in Süddeutschland beheimateter Großunternehmen; die finanziellen Spielräume der schrumpfenden Städte verengen sich in dem Maße, in dem ihre Probleme wachsen (Einnahmenverluste, wachsende Ausgabenbelastung durch Sozialhilfe, geringe Sparmöglichkeiten wegen Unteilbarkeiten und Tarifrecht).

Unter diesen Bedingungen haben die Versuche, Schrumpfungsprozesse in Wachstum umzukehren, außerordentlich unsichere Erfolgsaussichten, dafür aber umso sicherer sozial wie räumlich gesehen negative Verteilungseffekte. Bei sich verengenden finanziellen Spielräumen kann die beschriebene Wachstumspolitik nur zu Lasten der unattraktiven Stadtgebiete und der als Konsumenten und Arbeitskräfte uninteressanten Gruppen finanziert werden. Verschärfte Marginalisierung und Segregation, ein Nebeneinander verfallender und luxurierender Gebiete wären die Folgen.

III. Alternativen

Passive Sanierung ist kein Ausweg. Da sie mit selektiver Abwanderung und Erosion von Infrastruktur und Bausubstanz einherginge, würde dadurch die Basis für künftige wirtschaftliche Entwicklungen geschwächt, ohne daß die Kommune von ihren sozialen

Problemen entlastet würde. Notwendig ist eine bewußte Steuerung des Schrumpfens. Das bedeutet:

1. Stadtpolitik muß ihre Qualität ändern von einer ingenieurtechnisch dominierten zu einer primär sozialen Planung. Statt Investitionen an die richtigen Standorte zu lenken, geht es darum, Desinvestitionen zu vermeiden bzw. auf bestimmte Standorte zu beschränken. Statt Flächen und Räume bereitzustellen, geht es darum, Nutzungen zu finden, Aktivitäten anzuregen, soziale Gruppen zu bestimmten Verhaltensweisen zu befähigen. Stadtplanung wird zur sozialen Entwicklungsplanung, deren Aktionsfelder und Adressaten nun unmittelbar Handlungen und Gruppen sind, nicht mehr primär Bauten und technische Strukturen. Für eine solche soziale Entwicklungsplanung fehlen die Instrumente, Qualifikationen und Organisationsformen.

2. Die Stadtpolitik wird politisch konfliktreicher; verteilt werden nicht mehr Gewinne, sondern Verluste. Unter Bedingungen des Schrumpfens beinhaltet eine erfolgreiche Sanierung oft Destabilisierung anderer Standorte.

3. Stadtpolitik wird neben den formellen auch informelle Wirtschaftstätigkeiten fördern müssen. Stadt- und Wohnungspolitik haben den privaten Haushalt fast ausschließlich als Einheit der Konsumtion behandelt. Dadurch wurden seine produktiven Leistungen eingeschränkt. Um den privaten Haushalt als Einheit der Produktion zu stärken, muß seine Verfügung über Produktionsmittel gestärkt werden. Für die Stadtpolitik bedeutet dies, eine materielle und personelle Infrastruktur in den Wohngebieten zu schaffen, die produktive Arbeit stützt. Die Haushalte müssen aber auch sich des Nutzens ihrer Arbeit sicher sein können. Das bedeutet erweiterte Verfügungsrechte von Mietern über ihre Wohnbedingungen. Ähnlich lassen sich notwendige Änderungen im Bereich der Sozialpolitik und der Arbeitszeitpolitik benennen.

Eine wirksame Förderung der produktiven Tätigkeiten privater Haushalte setzt eine Fülle von teilweise nur national zu schaffenden Bedingungen voraus. In dieser überaus großen Komplexität dualwirtschaftlicher Strategien liegt ein Problem einer solchen

Politik. Ein zweites liegt darin, daß Selbsthilfe materielle, soziale und moralische Selbsthilfefähigkeiten voraussetzt, über die gerade jene Haushalte am wenigsten verfügen, die ihrer am meisten bedürfen. Dualwirtschaftliche Strategien können also durchaus negative Verteilungseffekte haben. Drittens läuft jeder Versuch, soziale Netze unter primär ökonomischen Gesichtspunkten instrumentell zu nutzen, Gefahr, das Sozialkapital solcher Netze gerade zu zerstören.

Die Erfolge einer Politik des gesteuerten Schrumpfens sind also keineswegs garantiert. Sie hat wenig mehr für sich als das Argument, realitätsgerechter und deshalb mit weniger negativen Verteilungseffekten und Folgekosten behaftet zu sein. Solcher Realismus ist noch lange kein Garant für politische Durchsetzbarkeit. Und weder ist gegenwärtig ein politischer Träger für eine solche Politik in Sicht, noch das Leitbild einer schrumpfenden Stadt, das einen solchen Träger mobilisieren könnte. So erscheint die Steuerung des Schrumpfens zwar als realitätsgerechte aber politisch gesehen wenig realistische Strategie des Überwinterns. Und solange sie nur diese Logik des kleineren Übels für sich hat, wird sie das auch bleiben. Anders gesagt: Es wird eine auch politisch entscheidende Frage sein, ob sich ein anderer Begriff von Stadtkultur entwickelt, in dessen Bezugssystem Schrumpfen nicht nur als defizitäre Entwicklung, sondern als Potential für eine bessere Qualität städtischen Lebens erscheint.